

A decorative graphic consisting of a grid of small grey dots, with several larger red dots scattered throughout, primarily concentrated around the title and author information.

# Meines Feindes Feind und die arabische Revolution

## Von der schwierigen Partnersuche der latein- amerikanischen Linken in einer multipolaren Welt

**CLAUDIA DETSCH**

April 2011

- Lateinamerika hat in den vergangenen Jahren einen intensiven Dialog mit den arabischen Staaten aufgenommen. Im Zuge dieser Süd-Süd-Integration wurden die Beziehungen auch zu politisch umstrittenen Regierungen unter autokratischer Führung massiv ausgebaut.
- Wegen der divergenten ideologischen Ausrichtung der Mitglieder gelingt es der Union Südamerikanischer Staaten (Unasur) nicht, in internationalen Debatten eine gemeinsame Position zu beziehen. Während Länder wie Peru und Kolumbien sich für eine Flugverbotszone über Libyen aussprachen, verurteilen die ALBA-Staaten, unter Führung des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, die militärischen Operationen.
- Die Debatte zur Resolution 1973 (Einrichtung der Flugverbotszone) machte einmal mehr Brasiliens internationale Präferenzen deutlich – Lateinamerika tritt in den Hintergrund, die BRIC-Staaten Russland, Indien und China gewinnen an Bedeutung.

Die Aufstände der jungen Revolutionäre in Nordafrika und im Nahen Osten haben so manche Regierung ins Schleudern gebracht – auf die regionalen Bündnisse trifft dies noch stärker zu. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hatten in den letzten Jahren die autokratischen Führer Nordafrikas aus energie- und sicherheitspolitischen Interessen durchaus hofiert, eine Unterstützung, die nun beschämt; zudem scheint die EU sich über das angemessene Vorgehen in Libyen ernsthaft zu entzweien. Die Afrikanische Union fiel zunächst durch ihre Sprachlosigkeit, später durch ihr irritierendes Lob der Reformbereitschaft Gaddafis auf; im Sicherheitsrat dann stimmten die nicht-ständigen afrikanischen Mitglieder Südafrika, Nigeria und Gabun für die Resolution zur Einrichtung einer Flugverbotszone. Die Arabische Liga verlangte nach dieser Flugverbotszone in Libyen, kritisierte aber die folgenden Angriffe scharf. Und die Vereinigten Staaten unterstützen zwar offiziell die Demokratiebewegungen, fürchten aber erkennbar auch anhaltende Unruhen in der geostrategisch so bedeutsamen Region. Lateinamerika stellt hinsichtlich der Zerrissenheit gegenüber den arabischen Protesten keine Ausnahme dar.

Von einer gemeinsamen Haltung sind die lateinamerikanischen Regierungschefs mindestens so weit entfernt wie ihre Kollegen in anderen Staatenbündnissen. Regierungskonsultationen zu den revolutionären Umbrüchen fanden nicht statt; auch ein Treffen der Außenminister der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) Mitte März 2011 wurde nicht zu entsprechenden Beratungen genutzt. Allerdings wären diese mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin ergebnislos geblieben, zu divers fallen seit dem Übergreifen der Unruhen auf Libyen die Einschätzungen aus. Die Reaktionen auf die Annahme der Resolution 1973 im Sicherheitsrat und die folgende internationale Militäroperation haben dies nochmals deutlich gemacht. Derzeit sind mit Brasilien und Kolumbien zwei lateinamerikanische Staaten als nicht-ständige Mitglieder im Sicherheitsrat vertreten. Kolumbien stimmte wie neun weitere Länder für die Resolution, Brasilien enthielt sich gemeinsam mit Deutschland und seinen BRIC-Partnern Russland, Indien und China. Das Abstimmungsverhalten der BRIC-Staaten war nicht abgestimmt, spiegelt aber das Maß an Übereinstimmung dieses machtvollen Bündnisses in außenpolitischen Fragen wider.

In ihrem Umgang mit dem Aufstand in Libyen bilden die Staaten Lateinamerikas entsprechend die globale Band-

breite ab. So hatte die peruanische Regierung unter Alan Garcia als weltweit erste die diplomatischen Beziehungen zu Libyen abgebrochen. Zudem forderte Peru schon vergleichsweise früh eine Intervention der Vereinten Nationen. Bedeutsam ist diese Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen auch, da Peru Gastgeber des eigentlich für Februar 2011 geplanten dritten Arabisch-Lateinamerikanischen Gipfels ist. Wegen der Unruhen in der arabischen Welt wurde dieser einstweilen verschoben. Die peruanische Regierung begrüßte entsprechend die Resolution des Sicherheitsrats. Zustimmung äußerten neben Kolumbien und Peru auch Chile, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Mexiko und Panama. Als zentrales Argument ihrer positiven Beurteilung führen diese Staaten den nötigen Schutz des libyschen Volkes vor der Gewalt der Regierung Gaddafi an.

#### ALBA – an Gaddafis anti-imperialistischer Seite

Ganz anders verhält es sich mit den Regierungen der Mitgliedstaaten des Integrationsbündnisses ALBA rund um Fidel Castro und Hugo Chávez. Diese Regierungen haben die Resolution 1973 und die folgende Militäroperation scharf verurteilt. Die *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* basiert auf dem Bekenntnis zu Anti-Imperialismus und nationaler Souveränität. Das politisch motivierte Regionalbündnis umfasst derzeit mit Venezuela, Bolivien, Ecuador und Nicaragua die lateinamerikanischen Staaten, deren Regierungen sich dem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« verschrieben haben. Dazu kommen das kommunistische Kuba sowie die kleineren Karibikstaaten Dominica, Antigua und Barbuda sowie Sankt Vincent und die Grenadinen. Auch die ALBA-Regierungschefs hatten die Revolten in Tunesien und Ägypten begrüßt. Die Aufstände in Libyen dagegen wurden von Beginn an anders bewertet. Gaddafi gilt den ALBA-Präsidenten als enger Verbündeter. In der Lesart der ALBA-Mitgliedstaaten ist Gaddafi das Opfer einer Verschwörung der Industrieländer, die sich unter dem Vorwand der Menschenrechte Zugriff auf das libysche Öl sichern wollen. Nicaraguas Staatschef Ortega bekundete entsprechend, Gaddafi habe aufs Neue ein großes Gefecht zu schlagen. Er müsse nun Anarchie in Libyen und ein Auseinanderbrechen des Landes verhindern.

Schon angesichts des Ausschlusses Libyens aus dem Menschenrechtsrat Anfang März warnten Kuba und

Venezuela vor einem gefährlichen Präzedenzfall. Die Regierung Ecuadors hatte den Ausschluss zwar mitgetragen; gleichzeitig äußerte sie aber die Befürchtung, diese Entscheidung könne später gegen andere Länder instrumentalisiert werden. Zudem wiesen die ALBA-Mitglieder darauf hin, dass die Gefahr einer politischen Vereinnahmung der UN und insbesondere des Menschenrechtsrates bestehe. Eine Intervention wie im Irak oder in Afghanistan dürfe von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert werden. Wiederholt führten die ALBA-Mitglieder an, dass die Informationen über Menschenrechtsverletzungen nicht zu verifizieren seien. Ungeachtet dessen würden sie aber genutzt, um eine Invasion zu rechtfertigen.

Venezuelas Präsident Hugo Chávez erregte Anfang März international Aufsehen, als er die Einsetzung einer internationalen Friedensmission für Libyen vorschlug. Die Friedensmission sei die Antwort des globalen Südens auf die Krise, so Venezuelas Außenminister Nicolás Maduro. Diese träte für eine friedliche Lösung, für den Weg des Dialogs ein. USA und NATO als Repräsentanten des Nordens dagegen verfolgten eine gewaltsame Lösung, um abermals ihre imperialistischen Interessen zu befriedigen. Die übrigen ALBA-Mitglieder unterstützten die Initiative. Die Mission könne dazu beitragen, den Konflikt in Libyen ohne die Einmischung der NATO beizulegen, so Fidel Castro in einem Artikel der Revolutions-Zeitschrift Granma. Aus venezolanischen Regierungskreisen verlautete, Muammar Gaddafi habe einer solchen Mission in einem Telefonat mit Chávez zugestimmt. Die libysche Opposition aber lehnte den Vorschlag umgehend ab; auch ein Sohn Gaddafis wies die Initiative zurück. Durch das Vorrücken der Regierungstruppen in den rebellierenden Osten des Landes wurde der Vorschlag schnell obsolet. Darüber hinaus litt die Initiative unter der mangelnden Glaubwürdigkeit des venezolanischen Regierungschefs als Initiator der Friedensmission. Zu eng sind seine Kontakte zu Muammar Gaddafi, zu signifikant die Übereinstimmungen zwischen beiden.

Der anti-imperialistischen Prämisse folgend, entwickelte sich in den vergangenen Jahren zwischen Venezuela und Libyen eine ausgeprägte diplomatische und wirtschaftliche Kooperation. Zwischen 2005 und 2010 wurden mehr als 150 Verträge unterzeichnet, zumeist in den Bereichen Handel, Erdöl, Landwirtschaft, Erziehung, Wissenschaft und Tourismus. Die gemeinsame ideologische

Basis stand im Zentrum dieser Annäherung – Venezuela und Libyen eine das gleiche Schicksal, der Kampf gegen den gemeinsamen Feind, so die Regierungschefs. Chávez und Gaddafi sehen sich zudem beide als regionale Führer, als Vordenker der Emanzipation und Einheit ihrer Kontinente gegenüber dem Imperialismus. So hält Gaddafi an seiner Vision der Vereinigten Staaten von Afrika fest; gleichzeitig tritt er als Mentor der Region auf. Hugo Chávez seinerseits sieht in ALBA den Grundstock einer gesamt-lateinamerikanischen Einheit. Diese gilt ihm und den übrigen ALBA-Präsidenten als alternativlos, um die Vorherrschaft der USA zu brechen und die Souveränität des Südens zu garantieren. Wichtigstes Instrument ihrer regionalen Integrationsbemühungen sind beiden die Petro-Dollars. Die Erlöse aus dem Handel mit Erdöl werden großzügig zum Ausbau der regionalen Beziehungen eingesetzt. Die militärische Vergangenheit ist Chávez und Gaddafi ebenso gemeinsam wie die als links verortete Wirtschaftspolitik. 2009 sprachen sich beide für eine neue globale Wirtschaftsordnung aus, um die Hegemonie der Industriestaaten zu brechen. Unter ihrer Führung verfolgten Venezuela und Libyen zudem in der OPEC einen vergleichsweise rigiden Kurs; ähnliches gilt für das Forum Gas exportierender Länder. Beide Regierungschefs eint die Obsession, an der Macht zu bleiben.

Im Gegensatz zu Gaddafi galten Ägyptens Ex-Präsident Mubarak und Tunesiens Ex-Präsident Ben-Ali Chávez als Handlanger des Imperialismus in Nordafrika; ihr Sturz fand daher seine Zustimmung. Chávez verglich die revolutionären Umwälzungen in der arabischen Welt zu Beginn mit dem Erwachen des Sozialismus in Lateinamerika, verkörpert durch die Regierungen der ALBA-Staaten. Er scheint zu verkennen, dass es den arabischen Gesellschaften nicht um die ideologische Einordnung ihrer autoritären Regierungen oder um deren spezifisches Verhältnis zur US-Regierung geht. Sie kämpfen gegen Autokratie, Nepotismus, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Ungleichheit, und dies unabhängig von der anti-imperialistischen Rhetorik und Gesinnung der jeweiligen Machthaber. Die ALBA-Regierungschefs haben in ihrer außenpolitischen Orientierung noch immer die zentrale Regel des Kalten Krieges verinnerlicht: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Ihre Antipode sind die Vereinigten Staaten, erweitert um deren Verbündete in den Industriestaaten, allen voran die Europäische Union. Auf die geopolitische Komplexität des Jahres 2011 finden sie keine Antwort; ihr populistisches Instrumentari-

um kann sich diese vielschichtigen Entwicklungen nicht zunutze machen und muss sie daher ignorieren. Der ausgeprägte Anti-Amerikanismus kommt zudem beim Wahlvolk an, unterstützt er doch scheinbar das Streben nach nationaler Souveränität.

### Brasilien: Lateinamerika – oder doch lieber BRICS?

Neben den ALBA-Mitgliedern haben aber auch die Regierungen Brasiliens, Argentiniens, Paraguays und Uruguays die Militäroperation ausländischer Staaten in Libyen scharf verurteilt. Sie begründen ihre Ablehnung insbesondere durch die Prinzipien der Nicht-Einmischung und der Selbstbestimmung der Völker – Prinzipien, die in Lateinamerikas Außenpolitik traditionell eine hohe Bedeutung haben. Zudem zweifeln diese Staaten daran, dass die Militäration tatsächlich mehr Blutvergießen verhindern kann als sie hervorrufen wird. Ihrer Auffassung nach wurden alternative Wege der Konfliktlösung nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Im Unterschied zu den ALBA-Mitgliedern verurteilten diese Staaten auch die Gewalt der libyschen Regierung gegen das eigene Volk (wenn auch im Falle Argentiniens eher verhalten). Obwohl sich hier eine weitgehend konforme Sichtweise der Mercosur-Mitglieder Brasiliens, Argentinien, Uruguay und Paraguay feststellen lässt, hat sich dieses Integrationsbündnis nicht offiziell zu Wort gemeldet. In den übrigen regionalen Integrationsbündnissen CAN (die Andengemeinschaft umfasst Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien), SICA (dem zentralamerikanischen Integrationssystem gehören Panama, Nicaragua, Costa Rica, Honduras, Guatemala, El Salvador sowie Belize an) oder UNASUR (außer Französisch-Guayana zählen alle südamerikanischen Länder zur Union Südamerikanischer Nationen) wäre angesichts der divergenten Positionen der Mitgliedstaaten eine gemeinsame Position schlicht nicht möglich. Gerade für UNASUR stellen diese außenpolitischen Differenzen eine Herausforderung dar, ist dieses Integrationsbündnis doch stärker politisch als wirtschaftlich ausgelegt. Durch die unterschiedliche ideologische Ausrichtung der Mitglieder gelingt es UNASUR nicht, in internationalen Debatten eine gemeinsame Position zu beziehen. Dies wird beispielsweise im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen oder bei der Diskussion über eine südamerikanische G20-Interessenvertretung durch die Mitglieder Brasiliens und Argentinien deutlich. Allerdings genießen in dem noch jungen

Bündnis regionale Fragen bislang auch Priorität vor internationalen Debatten. Entsprechend gelingt es derzeit in Lateinamerika weitestgehend nur ALBA, sich mit einer Stimme in außenpolitischen Fragen zu äußern – die gemeinsame anti-imperialistische Ideologie macht es möglich. Der Vision eines einigen Südamerikas folgend, hätten die Alba-Mitglieder durchaus gern eine Front der UNASUR-Staaten gegen die Militäration geschmiedet. Die klare Positionierung Kolumbiens, Perus und Chiles zugunsten eines militärischen Eingreifens aber machte entsprechende Appelle hinfällig. Die brasilianische Regierung legte auf ein einheitliches Veto der Region erkennbar weniger Wert.

Die Debatte zur Resolution 1973 machte einmal mehr Brasiliens internationale Präferenzen deutlich – weg von Lateinamerika und hin zu den übrigen BRIC-Staaten Russland, Indien und China. So wies die brasilianische Regierung in den Tagen nach der Resolution wiederholt auf das gemeinsame Abstimmungsverhalten der genannten Staaten hin. Die Führungsrolle der BRIC-Staaten in internationalen Verhandlungen gilt auch in Brasilien als Synonym schlechthin für die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse. Dies zeigt sich auch in der Reformdebatte zum UN-Sicherheitsrat; Brasilien strebt ebenso wie Indien einen permanenten Sitz an. Seinen Anspruch begründet der Amazonas-Staat mit seiner Rolle als größtes Land Lateinamerikas und siebtgrößte Volkswirtschaft der Erde ebenso wie mit seiner Beteiligung an 33 Friedensmissionen. Der Start der Militäration gegen die libysche Regierung fiel just mit einem Staatsbesuch Barack Obamas in Brasilien zusammen. Einige Kommentatoren werteten es als Affront gegen Brasiliens Enthaltung, dass Obama von dort den Befehl zum Einsatz gab. Brasilien hatte sich zudem im Vorfeld des Besuchs eine Unterstützung Obamas für den Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat versprochen. Statt einer klaren Aussage zugunsten der brasilianischen Ambitionen – Indien hatte eine solche im Rahmen des Staatsbesuchs des US-Präsidenten im vergangenen Jahr erhalten – gab es während Obamas Brasilien-Reise eher vage Äußerungen. Ebenso wie im Falle Deutschlands dürfte die Enthaltung bei der Resolution 1973 den brasilianischen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zumindest kurzfristig nicht zuträglich gewesen sein. Allerdings muss Brasilien nicht nur die westlichen Veto-Mitglieder auf seine Seite bringen, sondern auch sein gutes Verhältnis zu Russland und China wahren. Das brasilianische Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat lässt sich denn auch als Versuch einer aus-

gewogeneren Beziehungspflege deuten: So enthielt sich Brasilien zwar bei der Resolution zur Flugverbotszone, zuvor aber hatten die Brasilianer für Sanktionen gegen Libyens Herrscher Gaddafi gestimmt. Auch unterstützte Brasilien im März eine Resolution zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen im Iran.

### Lateinamerika und die arabischen Staaten – Allianz für eine multipolare Welt ...

Nicht von ungefähr sind Brasilien und Venezuela die sichtbarsten Protagonisten Lateinamerikas in der Libyen-Frage. Zum einen wetteifern beide Regierungen seit Jahren um die regionale Vorherrschaft. Zudem waren es auch diese beiden Länder, die in den letzten Jahren die Annäherung zwischen Lateinamerika und dem Nahen Osten vorangetrieben haben. Eingebettet ist diese Annäherung in eine umfassende Neuausrichtung der Außenbeziehungen Lateinamerikas – den arabischen Staaten kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Beiden Regionen gilt der Ausbau ihrer Beziehungen als geostrategisch und ökonomisch bedeutsam, als wichtiger Schritt zudem zur Überwindung einer unipolaren Welt. Der politische Dialog wurde entsprechend in den letzten Jahren vertieft. Die lateinamerikanischen und arabischen Staaten stehen vor ähnlichen Herausforderungen: dem Kampf gegen die Armut weiter Bevölkerungsteile; dem Ringen um größeren politischen Einfluss in der Welt; der Überwindung von Wirtschaftsmodellen, die weitestgehend auf dem Export von Rohstoffen und Primärgütern basieren; der Verbesserung des Bildungsstandes und der Beschäftigungsmöglichkeiten ihrer Bevölkerung.

Das Desinteresse der USA gegenüber Lateinamerika unter der Regierung Bush sowie die einseitige Stellungnahme Washingtons im Nahost-Konflikt zugunsten Israels haben diese Entwicklung begünstigt. Zugleich schlagen sich die globalen Machtverschiebungen in den lateinamerikanischen Außenbeziehungen nieder. Der politische und wirtschaftliche Bedeutungsverlust der Vereinigten Staaten sowie der Aufstieg Asiens scheinen der Mehrzahl der Lateinamerikaner ein gutes Omen für eine multipolare Welt. Jahrhunderte währte die Abhängigkeit der Region vom Norden; die traditionelle Bevormundung durch die USA und Europa empfindet gerade Lateinamerikas Linke bis heute als schmachlich. Entsprechend sieht man sich in einer Schicksalsgemeinschaft mit Afrika, Asien und dem Nahen Osten. Zudem hat Lateinamerika

in den letzten Jahren enorm an Selbstbewusstsein gewonnen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise konnte rasch überwunden werden; die aktuellen Wachstumsraten gleichen denen Asiens. Und auch politisch legte die Region an Profil zu. Dies gilt insbesondere für Brasilien; der Amazonas-Staat ist zum Global Player aufgestiegen, der in internationalen Verhandlungen Verantwortung übernimmt. Doch auch die übrigen südamerikanischen Staaten sehen mit Selbstvertrauen in die Zukunft (für Mexiko, Zentralamerika und die Karibik gilt dies angesichts der existenziellen Bedrohung durch organisierte Kriminalität und Klimawandel nicht im selben Maße). Dem Süd-Süd-Dialog kommt in den optimistischen Zukunftsszenarien der Südamerikaner eine zentrale Rolle zu.

Möglich wurde diese Orientierung nicht zuletzt durch den Siegeszug linker Regierungen in Lateinamerika im vergangenen Jahrzehnt. Diese haben es sich zum Ziel gesetzt, ihre Außen- und Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren und sich politisch von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren. Der Besuch von Brasiliens Präsident Luiz Inacio Lula da Silva im Jahr 2003 in einigen arabischen Staaten gilt als »Initial« für die Annäherung zwischen Lateinamerika und dem Nahen Osten. Lula war es auch, der die Arabisch-Lateinamerikanischen Gipfel ins Leben rief. 2005 fand in Brasilien der erste gemeinsame Gipfel statt; Handel und Energie standen im Mittelpunkt der Konsultationen. Die Volkswirtschaften beider Regionen sind zumindest teilweise komplementär, Lateinamerika verspricht sich Absatzmärkte insbesondere für seine Agrarprodukte. Seit dem ersten Gipfel im Jahr 2005 hat sich der Handel zwischen beiden Regionen fast verdreifacht. Zudem gilt Lateinamerika den Ölstaaten als aussichtsreicher Investitionsstandort – allen voran das boomende Brasilien. Der Amazonas-Staat ist seinerseits verstärkt in den arabischen Staaten ökonomisch aktiv. Auch politisch verfolgt man gemeinsame Ziele: die Durchführung einer umfassenden UN-Reform etwa oder einen Stopp der israelischen Siedlungsbaupolitik sowie die Anerkennung eines unabhängigen Palästinenser-Staates in den Grenzen von 1967 und den Rückzug israelischer Truppen von allen besetzten arabischen Gebieten (inzwischen haben Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Costa Rica, Ecuador, Guyana, Nicaragua, Peru und Venezuela den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anerkannt, Uruguay und einige Karibik-Staaten wollen in Kürze folgen).

Der zweite Arabisch-Lateinamerikanische Gipfel fand 2009 in Katar statt; anwesend war neben Lula da Sil-

va auch Hugo Chávez. Für Chávez stellt naturgemäß der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus die größte gemeinsame Basis beider Regionen dar. Er nutzte den Gipfel, um seinen Vorschlag einer gemeinsamen OPEC-Bank sowie einer gemeinsamen Währung, des Petro, zu lancieren. Dieser solle auf den Währungsreserven der Öl und Gas produzierenden Länder basieren und die Vorherrschaft des US-Dollar brechen. Auch eine Energie- und Nahrungsmittelallianz regte Chávez in Katar an. Erkennbar streiten Brasilien und Venezuela nicht nur in Lateinamerika um die Vorherrschaft; sie nutzen auch die Beziehungen zum Nahen Osten für ein Kräftenessen. Brasilien kann dabei im wirtschaftlichen Bereich punkten; doch auch Hugo Chávez genießt in der arabischen Welt Anerkennung, brach er doch wegen eines Bombardements des Gaza-Streifens die Beziehungen zu Israel ab (Bolivien folgte diesem Schritt wenig später).

... auch an der Seite autokratischer Herrscher

Im Zuge der Süd-Süd-Integration wurden die Beziehungen auch zu politisch umstrittenen Regierungen unter autokratischer Führung massiv ausgebaut. Dies gilt insbesondere für die iranische Regierung unter Mahmud Ahmadinedschad. Die ALBA-Regierungen – aber auch die frühere brasilianische Regierung unter Präsident Lula – unterstützten das iranische Nuklearprogramm mit dem Hinweis, jedes Land habe das Recht zur friedlichen Nutzung der Nuklearenergie; nichts anderes strebe die iranische Regierung an. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen dem Iran und Lateinamerika wurde in den letzten Jahren intensiviert. Besonders eng sind die Beziehungen zu Venezuela; bei ausländischen Direktinvestitionen in Venezuela steht der Iran inzwischen an dritter Stelle. Weitere ALBA-Staaten wie Bolivien und Ecuador traten auf Anregung von Chávez in den Dialog mit der iranischen Regierung. Bekräftigt wurde die neue Verbindung durch wechselseitige Staatsbesuche; Iran hat zudem einen Beobachterstatus bei ALBA inne. Als es im Anschluss an die iranischen Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 wegen des Vorwurfs der Wahlfälschung zu massiven Demonstrationen der Opposition kam, sprangen die ALBA-Regierungen Mahmud Ahmadinedschad zur Seite. Sie ließen verlautbaren, die Proteste seien durch die USA initiiert; diese beabsichtige, die iranische Regierung zu destabilisieren. Doch auch der damalige brasilianische Präsident Lula bagatellierte die Auseinandersetzungen mit einem Vergleich aus dem Fußball. Lula

lehnte Sanktionen gegen den Iran ab; auch mit Kritik an Ahmadinedschad hielt er sich gemäß seiner Auslegung des Prinzips der Nichteinmischung zurück. Gemeinsam mit dem türkischen Präsidenten Erdogan wollte Lula im Konflikt zwischen der iranischen Regierung und dem Westen vermitteln und ein Abkommen zur friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie aushandeln – der Versuch scheiterte. Die Nähe zur iranischen Regierung und die Appelle zum Dialog mit Ahmadinedschad und gegen Sanktionen sorgten in den letzten Jahren der Amtszeit Lulas für Spannungen mit Washington. Die brasilianische Regierung strebt auch weiterhin eine Vermittlerrolle im Nahen Osten an. Die Brasilianer sind überzeugt davon, durch die Ausgewogenheit ihrer Außenbeziehungen als glaubwürdiger Akteur akzeptiert zu werden.

Die Annäherung zwischen dem Iran und einigen lateinamerikanischen Staaten hat Israel tief beunruhigt. Es wirft Venezuela und Bolivien vor, mit ihren Uran-Vorkommen das iranische Atom-Programm zu unterstützen. Zudem hat Venezuela zugesagt, Iran im Falle von verschärften Sanktionen ökonomisch beizustehen; die israelische Regierung wertet auch dies als Unterstützung des Atomprogramms. Bereits 2006 stimmte die venezolanische Regierung gemeinsam mit Syrien und Kuba in einer Abstimmung der Internationalen Atom-Energie-Behörde gegen Sanktionen. Das Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten zu Israel gestaltet sich durchaus unterschiedlich. So wollen die Mercosur-Staaten (mit Ausnahme des noch nicht vollständig integrierten Venezuela) parallel bessere Beziehungen zur arabischen Welt aufbauen und gleichzeitig die bestehende Partnerschaft mit Israel fortsetzen; Ähnliches gilt für Chile und Peru. Für die ALBA-Staaten dagegen zählt Israel als Verbündeter der USA traditionell zu den imperialistischen Gegnern. Unterstützung erfuhr Israel im vergangenen Jahr allerdings von Fidel Castro. Dieser erregte internationale Aufmerksamkeit, als er die antisemitischen Äußerungen Ahmadinedschads kritisierte, die Einzigartigkeit des Holocaust hervorhob und das Existenzrecht Israels betonte. Auf Hugo Chávez machten die Äußerungen erkennbar Eindruck – in der Folge kam es zu einem Treffen zwischen ihm und Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Venezuela.

Besorgt äußerte Israel sich über die lateinamerikanischen Beziehungen zu einem weiteren autoritären Präsidenten im Nahen Osten – Baschar Al-Assad. Auch zum syrischen Staatsoberhaupt pflegt die Region überwiegend

gute Kontakte. Dies trifft noch stärker auf die Regierungen der ALBA-Mitgliedstaaten zu. Seit Oktober des vergangenen Jahres ist Syrien Gastmitglied bei ALBA. 2010 wurden zahlreiche Verträge zwischen Venezuela und Syrien unterzeichnet, überwiegend in den Bereichen Handel und Energie. Venezuela erkennt zudem den syrischen Anspruch auf die Golan-Höhen an. Die kubanischen Beziehungen zur Herrscherfamilie al-Assad sind schon wesentlich älteren Ursprungs; so kämpften in den 1970er Jahren kubanische Soldaten auf syrischer Seite gegen Israel. Doch auch seitens der Mercosur-Staaten wurden die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Syrien im Jahr 2010 ausgebaut; dies gilt insbesondere für Brasilien und Argentinien.

### Zwischen Machtpolitik und Moral

Je nach dem Verlauf der derzeitigen Intervention in Libyen könnte der globale Norden an Glaubwürdigkeit einbüßen – und dies nicht nur in der arabischen Welt und in Afrika, sondern gleichermaßen in Lateinamerika. Viele Lateinamerikaner verfolgen die Vorgänge in Libyen und das militärische Eingreifen einiger NATO-Mitglieder mit großem Unbehagen. Lautere Motive – wie die Wahrung der Menschenrechte – gestehen eher wenige Linke den beteiligten ausländischen Regierungen zu. Die unkritische Nähe zu autoritären Machthabern aber kann schwerlich als glaubwürdige Alternative erscheinen. Gerade die Linke in Lateinamerika weist darauf hin, dass erst die Europäer durch ihre Abhängigkeit vom Öl und ihre Waffenlieferungen Gaddafi an der Macht hielten. Diesem Vorwurf müssen sich die progressiven Kräfte in

Europa aufrichtig stellen. Konsequenterweise aber sollten die Lateinamerikaner ihre eigenen Beziehungen zu den arabischen Machthabern ebenfalls kritisch analysieren. Wer den NATO-Regierungen vorwirft, ihre Außenpolitik ausschließlich an machtpolitischen Interessen auszurichten und die Moral dabei auf der Strecke zu lassen, der sollte die eigene Außenpolitik konsequent an moralischen Fragen ausrichten. Die Abneigung gegen NATO und USA greift dabei als Orientierungshilfe eindeutig zu kurz. Politische Unterrepräsentanz und wirtschaftliche Unterentwicklung verleihen nicht per se moralische Überlegenheit; der Kampf für eine multi-polare Welt seitens des Südens kann ebenso wenig wie wirtschaftliche Interessen seitens des Nordens jegliche politische Freundschaft rechtfertigen. Auch die lateinamerikanischen Regierungen – und unter ihnen insbesondere die als links verorteten – sollten den Ausbruch der Revolten in den arabischen Staaten nutzen, um ihre persönlichen Beziehungen nach Nordafrika und in den Nahen Osten kritisch zu hinterfragen. Die Doppelmoral, die sie dem Norden vorwerfen, verkörpern sie unter dem Deckmantel der nationalen Souveränität und eines globalen Multilateralismus inzwischen selbst. Der Kurs der neuen brasilianischen Regierung stimmt optimistisch. Präsidentin Rousseff und Außenminister Patriota machten bereits deutlich, dass der Dialog mit den arabischen Staaten weiterhin Priorität haben wird – für Brasilien und für Lateinamerika. Der Dialog mit den autoritären Machthabern soll aber erkennbar kritischer geführt werden. Die Kursverschiebung der neuen brasilianischen Regierung lässt hoffen, dass hier eine glaubwürdige Alternative für den Dialog mit den arabischen Staaten entsteht.



### Über die Autorin

**Claudia Detsch** ist Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ecuador.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik  
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:  
Dörte Wollrad, Leiterin, Referat Lateinamerika und Karibik

Tel.: ++49-30-269-35-7484 | Fax: ++49-30-269-35-9253  
<http://www.fes.de/lateinamerika>

Bestellungen hier:  
[info-lak@fes.de](mailto:info-lak@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-694-7